

schritt in der Welt zu verhindern, die Einflußsphäre des Imperialismus und damit alle Quellen für Maximalprofite zu erhalten und möglichst noch zu erweitern. Der Staatsterrorismus wird von den aggressivsten Kräften der USA als ein unverzichtbares Mittel ihrer Politik charakterisiert. Es ist nach ihrer politischen Moral und Praxis „neben Krieg und

Nichtstun" erforderlich, um, wenn schon nukleare Erpressungsversuche und Kriegsdrohungen fehlschlagen, außenpolitische Erfolge im Kampf gegen die Länder des realen Sozialismus, gegen die antiimperialistische Befreiungsbewegung und gegen alle anderen progressiven politischen und sozialen Bewegungen unserer Zeit zu erreichen.

Reagan sanktioniert den Terror als Staatspolitik

Diese Politik wurde unter anderem von Reagan im Jahre 1984 in der sogenannten Direktive 138 fixiert. In ihr wird das Recht der USA festgeschrieben, sich zur Durchsetzung der imperialistisch-hegemonialen Interessen auch mit militärischen Mitteln in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen zu können. Was sind die hauptsächlichsten Forderungen dieser Direktive?

Erstens forciert sie die Ausbildung und den Einsatz militärischer Kommandos sowie paramilitärischer Einheiten durch das Pentagon sowie die Geheimdienste CIA und FBI.

Zweitens intensiviert sie das Sammeln geheimdienstlicher Informationen in den Vereinigten Staaten durch den FBI und außerhalb der USA durch die CIA und die Defence Intelligence Agency (DIA).

Drittens sieht sie die Erarbeitung einer umfassenden Übersicht über all jene Objekte von strategischer Bedeutung vor, die durch „schnelles Eingreifen und Vergeltungsschläge" vernichtet oder zerstört werden sollen.

Viertens bewirkte sie den Erlass einer ganzen Serie von Gesetzen, die die USA eindeutig zum direkten Terror gegen jene Staaten ermächtigen, die sich in der Welt entgegen den Interessen der Vereinigten Staaten, sprich den Profitinteressen der USA-Monopole entwickeln.

Fünftens werden gegen Länder, die die USA wegen ihrer Hilfe und Unterstützung für den

Kampf um nationale und soziale Befreiung verleumderisch als terroristisch charakterisieren, militärische, paramilitärische, ökonomische und andere Schritte angedroht und praktiziert.

Sechstens besteht ein besonderes Anliegen der Direktive 138 darin, einen höheren Organisationsgrad bei der Konzipierung, Planung und Realisierung aller auf die Forcierung des Staatsterrorismus gerichteten Maßnahmen zu erreichen. Dazu gehört die Bildung von Führungsorganen, der weitere Ausbau der sogenannten schnellen Eingreiftruppe, wozu auch die jüngst erfolgte Schaffung eines zunächst 2000 Mann zählenden Killerkommandos gehört.

Der Verwirklichung dieser Direktive diene auch eine dreitägige Konferenz, die Ende Juni 1984 in Washington durchgeführt wurde. Ungeniert wurde in dieser Runde mit neuen militärischen und terroristischen Aktionen gegen die Entwicklungsländer in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gedroht.

Was steckt dahinter? Es ist die unverhüllte Ankündigung, ein neues Kuba, Angola oder Nicaragua bereits in der Wiege zu ersticken. Ganz in diesem Geiste werden die aggressivsten Kreise in den USA nicht müde, die Grenada-Invasion - die weltweit als ein Akt des Staatsterrorismus verurteilt wurde - in euphorischen Tönen zu lobpreisen. Reagan, der den Befehl zum Waffeneinsatz in Grenada gab, bezeichnete diese Invasion als

„eine Wende in der Geschichte der USA". Die Aggression, den Waffeneinsatz gegen die Bürger dieses Inselstaates, die erste Schritte auf dem Weg zum sozialen Fortschritt gemacht hatten, versucht Reagan mit den Worten zu rechtfertigen, Grenada sei aus „den Fesseln von Unterdrückung und Tyrannei" befreit, „Chaos und Totalitarismus" seien verhindert worden!

Betrachtet man die Ereignisse der letzten Monate, so lassen sie unwiderlegbar die Absicht der Reagan-Administration erkennen, den Interventionskurs, insbesondere gegen die Demokratische Republik Afghanistan sowie die Sandinistische Volksrevolution in Nicaragua, zu eskalieren. So rief Reagan dazu auf, die als Freiheitskämpfer proklamierten terroristischen Banden, die die demokratische Entwicklung in Afghanistan zu verhindern suchen, die morden und brandschatzen, noch stärker bei ihren terroristischen Anschlägen zu unterstützen. Dabei erhielten sie in den letzten Jahren über CIA-Kanäle bereits jährlich mindestens 75 Millionen Dollar, vor allem für Waffen und Funkausrüstungen. Für 1985 sind 250 Millionen Dollar vorgesehen.

Nach wie vor trachten die reaktionärsten Kreise der USA danach, das revolutionär-demokratische Regime in Nicaragua zu stürzen bzw. zu destabilisieren. Fred Ikle, stellvertretender Verteidigungsminister der USA, legte erst kürzlich die Pläne der Reagan-Regierung gegenüber Nicaragua mit den Worten dar: „Wir müssen die Festigung der sandinistischen Bewegung verhindern."

Dazu stützen sich die USA auf ein breites Instrumentarium. Die Verminung nikaraguanischer Häfen, die Ausrüstung konterrevolutionärer Banden und deren Unterstützung bei aggressiven Handlungen, Ausübung politischen und ökonomischen Drucks - alle zum Arsenal des Staatsterrorismus gehörenden Machen-